

ferat von Tarnow „Scharfe Anfragen“ gegen die Wirtschaftsanarchie des kapitalistischen Systems zu hören bekommen, die selbst von den Angehörigen der „Linken“ kaum noch übertrifft werden können. Tarnow wird wohl nicht mehr an das erinnern sein wollen, was er in seiner im Jahre 1929 erschienenen Broschüre: „Warum arm sein?“ gesagt hat. Auch selbst seine ganz Unintentionen, braven Sozialdemokraten würden ihn auslachen, wenn er in seinem Vortrag etwa zu demselben Ergebnis kommen wollte, wie in dieser Broschüre, die er übrigens mit der Bemerkung schließt, daß die Arbeit kein ökonomisches Maß, sondern eine soziale Krankheit ist, deren Heilbarkeit schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel steht. Er wird ferner verschweigen, daß Hilferding auf dem Kieler Parteitag im Jahre 1927 in seinem Referat das baldige Ende dieser selben Wirtschaftsanarchie prophezeit hatte. Die Tarnow jetzt als Hauptursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis feststellen wird. War Hilferdings Rede ein einziges Loblied auf den „organisierten“ Kapitalismus, so dürften Tarnows Ausführungen eine scharfe rethorische Kompilanz gegen die kapitalistische Wirtschaftsanarchie werden.

Trotz alledem bleibt es nur bei der tabularen Phrase. Es bleibt bei der alten Taktik, die sich seinerzeit aus den falschen Hypothesen Hilferdings über die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ergab. Hilferdings Worte in Kiel, daß „die Erhaltung der bürgerlichen Demokratie und Republik das wichtigste Interesse der Partei“ ist, werden noch einmal unterstrichen werden. Inzwischen wird die SPD weiterhin die reaktionäre Politik der Brüning-Regierung tatkräftig unterstützen. Der Lohnraub und die Jollerhöhungen, die Politik der Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung wird trotz der papiernen Resolutionen des Leipziger Parteitages fortgesetzt und die SPD wird weiterhin als Erbherrin der Nationalsozialisten der Brüning-Regierung Hilfe leisten.

Das Zentrum wird an dem Ausspielen der Nationalsozialisten gegen eventuelle lokale Oppositionsorgane der Sozialdemokratie weiter gewinnen. Brüning hat in an dem ehemaligen österreichischen Bundeskanzler und Präsidenten einen glänzenden Lehrenter, wie man die Nationalsozialisten ausspielt, genau so wie Seipel mit der schicksalhaften Helmwehr gegen den „Austromarxismus“ operierte.

Wie lange aber noch werden sich die Sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen diesen Verrat ihrer Interessen gefallen lassen? Werden sie etwa warten, bis die Teilnahme der Nationalsozialisten an der Brüning-Regierung das große Risiko der sozialdemokratischen Politik komplett macht? Noch lassen sich viele sozialdemokratische Genossen mit dem „Schwarzen Mann“ hinter einschüchtern. Die drohende Gefahr des Faschismus leben sie immer nur in Silber, den die sozialdemokratischen Führer zur Rechtfertigung ihrer reaktionären Politik präsentieren, um zu verschleiern, daß sie der Brüning-Diktatur helfen, die offene faschistische Diktatur aufzurichten.

Die wichtigste Erscheinung, die sich jetzt innerhalb der SPD bemerkbar macht, ist die Linksentwicklung der von der SPD-Politikentwürfen proletarischen Mitglieder. Diesen Klärungsprozess in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter nach Kräften zu fördern, muß jetzt unsere wichtigste politische Aufgabe sein.

Schon hat, wie wir aus der steigenden Anzahl der Uebertritte zur KPD in der letzten Zeit sehen, die Orientierung der proletarischen Kräfte ins Lager der Revolution begonnen. Unter den Schlägen der Wirtschaftskrise und der Enttäuschung über den bisher eingeschlagenen falschen Weg werden Tausende von ehrlichen, klarenköpfigen sozialdemokratischen Arbeitern die SPD verlassen und unter der Fahne der kommunistischen Internationale für den Sozialismus kämpfen!

Überall rote Siege bei der Youngbahn

Die Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn sind überall ein gewaltiger Erfolg der KPD. Zu den von uns bereits veröffentlichten Ergebnissen bringen wir noch folgende:

- Drei Siege im ersten Anlauf
- Reichsbahnaußenbesetzungsmittel: KPD 236 Stimmen und 3 Mandate, Reformisten 551 und 8. Die KPD trat das erste Mal mit eigener Liste auf.
- Zwickau Heizhaus: KPD 29 Stimmen und 1 Mandat, Reformisten 174 und 7.
- KPD-Siege in Süddeutschland
- Im KPD-Bezirk Erlangen erhielten Stimmen: KPD 350, EdE 220, Reformisten 172, EdE 554. Nebenwerkhof beim Hauptbahnhof München: KPD 63 (64), EdE 15 (42), Bayer. Eisen-Verb. 18 (22). An Eisen erhielten KPD 4 (3), EdE 0 (2), Reformisten 1 (1).

... und in Westdeutschland

- In Siegen: KPD 200 (17) und 2 (0) Sitze, EdE 203 (211) und 3 (2) Sitze, Christen 291 (323) und 4 (4) Sitze, Heilige 251 (326) und 4 (3) Sitze. In Duisburg: KPD 479, EdE 205, Christen 477, Nazis 193.

Weitere Ergebnisse veröffentlichen wir in unserer Freitagausgabe.

So haben die Dorpmüller-Proleten auf den Betrat der EdE-Wirtschaft und christlichen Bonzen geantwortet mit einem klaren Votum für den revolutionären Kampf der KPD gegen das faschistische Regime an der youngdeutschen Reichsbahn.

Kommunistischer Wahlsieg Die Massen stellen die Dultung aus

Am Sonntag fanden die Wahlen zum Gemeinderat der neuen Stadtgemeinde Kallberge statt. Das Ergebnis, bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent, war folgendes:

Partei	Stimmen	Mandate
Kommunisten	1465	3
SPD	1351	4
Bürgerl. Einheitsliste	1179	4
Nationalsozialisten	815	2
Deutschnationale	557	2
Zentrum	327	1

Somit zieht die KPD als stärkste Fraktion ins neue Parlament. Den höchsten Zuwachs erhielt die KPD in den Ortsteilen Kallberg und Kallersdorf, die bisher die Hochburgen der SPD waren.

Schied-Diktatur deckt Brotverteuerung

Manöver der Brotvucherfront Volkspartei - SPD - Nazi im Landtag / SPD für das schaffende Landvolk / Gegen Brotvucher / Für vollen Lohnausgleich!

Bresden, den 18. Mai.
Im Mittelpunkt der gestrigen Landtagsdebatte stand die große Auseinandersetzung der Kommunisten mit den Zoll- und Brotvucherparteiern und der Brüning- und Schied-Regierung. Die Front des Haus unter dem Druck des kommunistischen Widerstandes gegen die Brotvucherhöhung stand, zeigte nicht nur der Verlust der SPD-Fraktion, durch Kritik an der Schiedspolitik ihre Mitglieder zu veranlassen, sondern auch das Verhalten der Regierung. Als der Redner der Kommunisten, Genosse Kerner, seine Anklage gegen die Verantwortlichen erhob und begründet hatte und der Appell zum Massenstreik für Brot, Arbeit, Freiheit unter dem Banner der KPD lebhaften Widerhall auf der Tribüne fand, erhob sich der Regierungsvizepräsident, Ministerialdirektor Dr. Klein, zu einer Verteidigung der Haltung der schiedlichen Regierung, die eine glatte hundertprozentige Deckung der Brüning-Schied-Politik bedeutet. Zunächst wird in der Regierungserklärung ... der Ueberzeugung Ausdruck gegeben ... daß die Politik, die die Reichsregierung auf agrarischem Gebiet verfolgt, nicht als einseitige Interessenpolitik zu werten ist, sondern ...

Die Beratungen des schiedlichen Landtages am Dienstag beschäftigten sich zu Beginn der Tagung mit dem neuen Gehaltsauftrag zur Grundsteuer, der höhere Richtsätze und damit eine stärkere Belastung des kleinen Grundbesitzes mit sich bringt. Allein die kommunalistische Fraktion vertrat durch den Abgeordneten Reichbauer, Schneider, Crotendorf, die Interessen der schiedlichen Bauern, die durch die steuerliche Gleichstellung mit dem Großgrundbesitz schwer geschädigt werden. Die kommunalistische Fraktion fordert die Einhebung der Grundsteuer nach folgenden Grundätzen: Steuerfreiheit für einen Einheitswert bis zu 10 000 Mark, dann von 10 000 bis 15 000 Mark pro Tausend 50 Pfennig; von 15 000 bis 20 000 Mark pro Tausend 1,25 Mark; von 20 000 bis 25 000 Mark pro Tausend 2 Mark und über 25 000 Mark pro Tausend 3 Mark. Eine solche Regelung würde eine bedeutende Entlastung zugunsten der kleinen Besitzer ergeben. Genosse Schneider begründet diese Vorschläge eingehend und trägt die Argumente bei den Einkünften der Regierung auf, die im Einklang mit dem Landtag erfolgen. Die Demagogie des Landtages, der die höheren Richtsätze mit beschließen hat, ist damit entlarvt. Die kommunalistische Partei und der Bund schiedlicher Bauern zeigen sich als alleinstimmige Vertreter der Interessen der arbeitenden Bauern. Auf Grund der erhöhten Anklagen hebt sich die Regierung gezwungen, den Gehaltsauftrag an den Rechtsausschuß zurückverweisen zu lassen.

KPD gegen Brotvucher und Jollerhöhung - SPD als Helfershelferin Schieds entlarvt

Im gestrigen Landtag kam es zur Beratung der Anträge, die sich mit den Brotvuchererhöhungen und dem Jollerhöhung beschäftigten. Die struppige Demagogie der SPD zeigt sich besonders deutlich bei diesem Punkte. Der falsche bekannte Völkerrausch begründet einen Antrag, der sich scheinheilig gegen die Brotvuchererhöhungen wendet. Kennzeichnend für die Schied-Linie der schiedlichen Sozialdemokraten ist jedoch dabei, daß er in demütigen Tone ausgesprochen die Regierung Schied erlucht, sie möge doch um Gotteswillen Herrn Brüning veranlassen, Schiele „in den Arm zu fallen“.

Die kommunalistische Fraktion läßt ihren Antrag gegen Brotvucher und Jollerhöhung begründen durch den Genossen Kerner.

Der das unabweisliche Verbrechen der herrschenden Klasse an der arbeitenden Bevölkerung brandmarkt. Während man mit dem Schwindel der Preissteigerungspolitik die brutale Lohn- und Gehaltsraubpolitik benimmt, haben die Spekulant und die Großgrundbesitzer Millionen an Hunger der drei Millionen bedürftigen, die durch die menschenliche Ernährung zu entziehen. Mit Steuererhöhungen werden die Großgrundbesitzer, die 142 000 Tausend Roggen zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt werfen, und die dafür noch die Freiheit belassen, von einem „Hilfsdampfer“ zu sprechen. Eine neue Notverordnung, die Rentenraub mit sich bringt, ist in Vorbereitung. Diese Maßnahmen dienen nur einer kleinen Clique von Großkapitalisten und Großgrundbesitzern; denn durch die Futtermittelpolitik werden auch die Kleinbauern aufs schmerzliche geschädigt.

Für diesen Mundraub am schiedlichen Volk ist die Sozialdemokratie voll verantwortlich. Sie stellt den Reichstagsabgeordneten Raabe, der durch Kleingewinnungen persönlich an dieser Politik interessiert wird. Wir Kommunisten klagen die Sozialdemokraten der Teilnahme an diesen Verbrechen an. Wir Kommunisten fordern:

Rückgängigmachung der Brotvuchererhöhung, Abbruch an der Einführung neuer Zölle und Abbau der bisherigen Zölle.

Wir denken jedoch nicht daran, die Massen in die Illusion zu wiegen, diese Gesellschaft würde für sie Erleichterungen bringen. Das werktätige Volk kann nur sich selbst helfen durch Kampf gegen jeden Vorkriegslohnraub, gegen Jollerhöhung und Brotvuchererhöhung, durch Kampf gegen das kapitalistische System, das die Basis dieses Ausplünderungsfortschritts ist. Arbeit und Brot wird dem schiedlichen Volk nur ein freies sozialistisches Deutschland geben!

Die Ausführungen des kommunistischen Redners, die starken Widerhall auf der vordere Tribüne fanden, zulen den Regierungsvizepräsidenten auf den Plan, der in einer Erklärung alle Maßnahmen der Reichsregierung als „notwendig“ hinzustellen versuchte. In der Debatte deckt der Landtagsvizepräsident, Schiele, ...

... wenn die Reichsregierung sich gezwungen zeigt, ... sozialpolitische oder andere Maßnahmen der Landwirtschaft zu fassen ... so muß die Gewalt der Reichsregierung die hierdurch verursachten Preissteigerungen doch mit in Rechnung nehmen ...

Mit dieser Erklärung hat die Regierung Schied ihre Zustimmung mit dem Brotvucher Brüning-Schiede offen gegeben. Und die SPD-Fraktion? Sie läßt Schied, so Schied in Sachen wie Bunde in Berlin - sie steht in der Front der Brotvucherer! Die Nazis aber stimmten für den Antrag der Volkspartei, die furt darauf den Einspruch gegen die Brotvuchererhöhung ablehnte! Diese Todsünden können durch kein Verbrechen mehr verhüllt werden. Allein die KPD führt den Kampf gegen die Brotvucherer!

... sämtliche Vucherermaßnahmen, ebenso der Wirtschaftstestler Kaiser.

Mittlerweile hatte die Volkspartei einen demagogischen Änderungsantrag eingebracht, der unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Schwingen einer Preissteigerung für die Regierung erlucht, den Preissteigerungsmaßstab weitestgehend zu senken.

Genosse Schneider (Crotendorf) betont nochmals die Meinungsstimmigkeit der Interessen der kleinen Bauern und der Landwirtschaft und entlarvt die Zoll- und Getreidepolitik der Landtagsverwaltung als Vorkriegspolitik für Großgrundbesitzer und Vorkriegsland. Ein Sozialdemokrat redet ohne etwas zu sagen denn er verschweigt jede Stellungnahme zu den erregten Vucherermaßnahmen, insbesondere aber die Stellung zu den Brotvuchern, den die Nazis ausdrücklich gefordert haben.

Die SPD schweigt

In seinem Schlusswort geht Kerner in seinem Bericht auf die vernichtende Anklage des kommunistischen Redners ein. Er wagt nicht einmal eine seiner berühmten Vorkriegsreden. Genosse Kerner weiß auf die Bedeutung dieser Anklage hin, die deutlich zeigt, daß die schiedliche SPD-Fraktion in der Jollerhöhungspolitik ihren Parteivorstand verlor, denn eben so haben die übrigen Parteimitglieder die Stellungnahme der kommunalistischen Anklage verurteilt, weil sie alle mitläufer sind an den ungeheuren Verbrechen am Volke.

Forderung auf Brotvuchererhöhung angenommen!

An der Abstimmung wird der vorkommunistische Antrag der KPD und SPD angenommen, während die Nazis ihn ablehnen. Damit ist der KPD-Antrag abgewiesen. Mittlerweile hatten die Sozialdemokraten auf Grund der kommunistischen Angriffe einen Änderungsantrag eingebracht, in dem die Rückgängigmachung der Brotvuchererhöhung fordert. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen, wobei die Volkspartei und Wirtschaftspartei gegen ihn stimmten und sich dem als Beiführer der Brotvuchererhöhung entwarfen. Inzwischen war auch, daß ein 2. Antrag mit dem Stimmen der SPD angenommen wurde, der gegen die Politik der Reichsregierung Brüning Protest erhebt, da diese Politik für die schiedliche Arbeiterklasse die größten Gefahren heraufbeschwört.

Wegen der fortgeschrittenen Zeit wird beschlossen, die Verhandlungsanträge zu Beginn der nächsten Sitzung, die am Dienstag den 19. Mai stattfinden, zu behandeln. Der KPD-Antrag gegen die Vorkriegspolitik wird in Leipzig und auch die Abstimmung zu verziehen. Bei fast völlig leerem Hause kommt nunmehr die Beratung der Antrag der SPD, die Einführung der Brotvuchererhöhung bei der Reichsregierung zu fordern. Eine solche Forderung auf Lohnausgleich wird in diesem Antrage nicht erhoben. Der Deutschnationale, Schardt, muß das zu einer Schiedsmehrheit für weitere Lohnausgleich aus.

KPD für Bierglühendwoche bei vollem Lohnausgleich

Genosse Breitenborn entwirft als Vertreter der kommunalistischen Fraktion diesen neuen Vorkriegsversuch an der Arbeiterklasse, hinter dem der Wunsch der Arbeiterklasse steht, als lammenartendes System auf Kosten der Arbeiterklasse selbst als möglich zu erhalten. Die SPD-Führer stehen im Unternehmertum bei der Einführung der kapitalistischen Kapitalisierung Hilfe durch ihre Abwürfung des Kampfes der Arbeiter um Lohnvorteile. Genosse Breitenborn beschließt dann mit der Streikbedrohrolle der Nazis, wobei der Nationalsozialist Klinger durch wütendes Getöse zeigt, daß die kommunistische Abrechnung geübt hat. Genosse Breitenborn hat einen Änderungsantrag, der die

Einführung der Bierglühendwoche in Staats- und Gemeinbetrieb bei vollem Lohnausgleich

verlangt. Er betont zum Schluß, daß die Arbeiterschaft nicht darauf hoffen darf, daß kapitalistische Regierungen oder die ihr verbündeten Reformisten ihre Forderungen erfüllen werden, sondern daß nur unter Führung der KPD und der KPD im revolutionären Kampf um Lohnvorteile und gegen das kapitalistische System die deutsche Arbeiterklasse nach dem Beispiel ihrer russischen Brüder sich eine sozialistische Zukunftsgemeinschaft erringen wird. - Die Verhandlungen werden darauf verlagert.

Kontordate in allen deutschen Ländern!

160 Millionen für die Kirche in Preußen / SPD-Grimme: „Preußen ist vord. idlich“

Am Dienstag ist der preussische Kirchenvertrag von SPD, Braun unterzeichnet worden. Er sieht eine direkte Zuwendung von 160 Millionen Mark allein für die evangelische Kirche vor. Nunmehr kommt eine neue sensationelle Meldung über den geplanten Abschluß weiterer Kirchenverträge, Kontordate, zwischen den übrigen deutschen Ländern und der evangelischen Kirche, auch da mit Hilfe der SPD.

Dazu meldet die gut informierte Kölnische Volkszeitung (Zentrumblatt) vom Montag abend:

„Der Minister Grimme ist der Ansicht, daß das Vertragswert der Verbindung des Verhältniswesens von Staat und Kirche dienen wird. Und einmal über Preußen hinaus (1) vorbildlich werden kann für die Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche für die übrigen deutschen Länder.“

Alle der sozialdemokratischen Kulturminister Grimme einer jetzt schon ein Weg für die weiteren Kirchenverträge. Allein für die beiden Preußenkontordate wird die preussische Regierung es, 160 Millionen Mark aufbringen müssen. Wor dieser Kaufmann ist nicht einmal die weitestgehende Seite dieser

Verträge. Viel umfangreicher sind die Rechte, die der Kirche in Bezug auf die Erziehung und Beeinflussung des öffentlichen Lebens eingeräumt werden sollen. So wird noch gefordert, daß die Kirche die durch die Säkularisation eingezogenen Güter zurück zu geben wieder erstattet werden sollen. Aber es soll nicht nur bei der Zurückgabe bleiben, sondern es wird auch noch gefordert, daß die seit dieser Zeit verlorenen Zinsen von der preussischen Regierung übernommen werden sollen. Bisher hatte die Regierung die Möglichkeit, auf die Rückgabe derjenigen Besitztümer einzulassen zu können, die von der Regierung subventioniert wurden. Das soll in Zukunft wegfallen. Das geringste Stück an den Preußenkontordate ist aber zweifellos der Absatz (Artikel 7), wonach die preussische Regierung bei Beibehaltung der Verträge einen Anspruch erheben kann, wenn „bedeutend politische Art“ bedroht. Über dieses hat die Preußenregierung SPD-Führung, eine solche dralen gegen Reaktionen, meistens, wer soll denn andere solche Rechte erhalten als Reaktionskräfte?

Es sollte auch für sozialdemokratische Arbeiter nicht zu den Zurechtweisen der sozialdemokratischen Führer für den Faschismus zu durchzuführen.